

Bezugspreis:
Wochenblatt 2.- M., monatlich 6.- M.,
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Postweg: Monatlich 2.- M., ggf.
Postgebühren. Unter Streifenband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
6.25 M., für das übrige Ausland
10.25 M., bei täglich einmal Zustellung
8.25 M. Postbestellungen nehmen an
Pömmern, Holland, Luxemburg,
Schweiz u. die Schweiz, Eingetragenes
in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntags-
beilage 'Hoff u. Gut' erscheint wochen-
täglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Einzelheftepreis:
Die abgehenden Sammelhefte
betragen 1.50 M. 'Kleine Einzelhefte',
das festgedruckte Wort 60 Pfg. (zählend
3 festgedruckte Worte), jedes weitere
Wort 40 Pfg. Stellungsfläche und
Schlusszeilenanzeigen das erste Wort
20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte, Kreuzungszusatz 50%,
Familien-Anzeigen, politische und
gewerkschaftliche Besondere-Anzeigen
1.50 M. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben
werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis
5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 23. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Oberschlesien und die Entente.

Paris, 22. August. Reuter. Der Oberste Rat hat
entschieden, daß die deutsche Regierung berechtigt
ist, die Ordnung in Oberschlesien anzuordnen zu erhalten.
Polnische Truppen dürfen nur nach Oberschlesien kom-
men, wenn Deutschland besonders darum ersucht.

In ihrem ständigen Bemühen, die deutsche Regierung mög-
lichst zu discredittieren und ihr Ansehen im In- wie Auslande
so tief wie möglich herabzusetzen, hatte sich die nationa-
listische Presse nicht gescheut, die Entsendung einer En-
tente-Kommission zur Untersuchung der deutsch-
polnischen Konfliktfragen zum Anlaß zu nehmen, die
deutsche Regierung des Verzichts auf die Selbst-
ständigkeit des Obersten Rates der Alliierten eine bemerk-
enswerte Anerkennung der deutschen Souve-
ranität dar, weil sie allein der deutschen Regierung die Auf-
rechterhaltung der Ordnung in Oberschlesien zu-
gesteht. Den Alliierten freilich, die mit unieren schärfsten
Geistern in der Entente - wie die Kriegsgefangenenfrage be-
weist - Hand in Hand gehen, dürfte diese Entscheidung sehr
unangenehm sein, nimmt sie ihnen doch ein beliebtes Angriffs-
feld gegen unsere Regierung.

Allmähliche Arbeitsaufnahme.

Die Lage in Oberschlesien hat sich erheblich ge-
bessert. Unsere Truppen stehen überall längs der schlesisch-
polnischen Grenze und verhindern den Rücktritt der Banden, die
sich in größeren Mengen auf langpolnisches Gebiet geflüchtet
haben. In ersten Kämpfen ist es heute nicht mehr gelungen,
Einzelne Polen- und Spartakistenerstern wurden gefandert. An der
Grenze halten wir dadurch Verluste bei Verfolgung einer Bande,
daß reguläres polnisches Militär mit Maschinengewehren in diesen
Kampf eingriff. Die Aufnahme der Arbeit schreitet fort.

Die militärische Lage.

Die Ruhe ist überall hergestellt. Das Militär ist Herr
der Lage.

Die gestern verbreiteten Gerüchte über Aufhebung des
Standrechts bestätigen sich nicht. Wahr ist nur, daß auf Be-
fehl des kommandierenden Generals des 8. Armeekorps so-
fortige Erschließungen eingeleitet wurden und solche
erst nach erfolgter Gerichtsverhandlung erfolgen dürfen.
Gestern nachmittag wurde bei Opotomühle ein Bruder des Wä-
hlerbesizers von Halletstruppen erschossen. Die bisherigen deutschen
Verluste im Abschnitt C seit Ausbruch des Aufstandes betragen
beim Infanterie-Regiment 63 4 Tote und 19 Verwundete, die
feindlichen Verluste dagegen 61 Gefangene, 101 Verwundete und
48 Tote. Das Detachement Zylmann hatte 8 Tote und 8 Ver-
wundete. Die feindlichen Verluste betragen 80 Gefangene, 60 Ver-
wundete und 5 Tote.

Der Aufmarsch gegen Sowjetrußland.

Rumänien hat nach einer Reitermeldung eingewilligt,
Waffen- und Munitionslieferungen für Westjura
freien Durchgang zu gewähren. Rumänien hat sich ferner
bereits erklärt, die Wünsche der Ukraine zur Kenntnis der Friedens-
konferenz zu bringen.

Estland soll helfen.

Paris, 22. August. In der Sitzung des Obersten Rates wurde
eine Mitteilung Goughs verlesen, in der er empfiehlt, die Bitte
der Estländer um Anerkennung ihrer Unabhängigkeit unter der Be-
dingung, daß sie die russische Nordwestregierung bei
dem Vormarsch auf Petersburg unterstützen, stattzugeben, sonst
werde die Unternehmung fehlschlagen.

Erleichterungen für Deutsch-Oesterreich.

Gerechte Lastenverteilung.

Aus Paris wird gemeldet: Nach den neuesten Nachrichten
scheint England teilweise die finanzielle Entlastung
Deutsch-Oesterreichs zu betreiben. Die Revision der finan-
ziellen Kriegsbedingungen erscheint wahrscheinlicher denn je. Durch
diese Revision dürfte allerdings die Unterzeichnung verzögert
werden, um so mehr als Renner zuerst die Ermächtigung der Natio-
nalsammlung einholen will. In einer Besprechung mit Tittoni
bekundete Balfour Sympathie für das ursprüngliche Projekt der
ersten italienischen Konferenz-Delegation, die eine gerechte
Verteilung der finanziellen Lasten auf alle
ehemaligen Glieder der Doppelmonarchie gewünscht
hatte. Tittoni würde sich diesem Vorschlage nicht widersetzen.

Stahlarbeiterstreik in Amerika.

Der Ausschub des Stahlarbeiterverbandes hat ein-
stimmig den Streik beschlossen. Es wird eine Abstimmung
der Arbeiter darüber erfolgen, wann der Streik beginnen soll.

Die Wahlordnung des Zentralrats.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hat
eine Wahlordnung zur Neuwahl der Arbeiter-
räte beschlossen. Die Neuwahlen müssen bis zum 30. No-
vember durchgeführt sein. Alle Arbeiterräte können
vom Zentralrat Abdrucke der Wahlordnung nebst Er-
läuterungen erhalten.

Der Zentralrat hat ferner beschlossen, für die Folge den
Namen 'Zentralrat der deutschen Arbeiter-
räte' zu führen.

Dank an Weimar.

Als die Staatsregierung von Sachsen-Weimar,
Eisenach hat der Reichspräsident folgendes Schreiben
gerichtet:

Die in Weimar stattgehabte Tagung der Verfassungsgebenden
Nationalversammlung hat nach Fertigstellung des Ver-
fassungswerkes ihr Ende erreicht. In stetiger Arbeit ist die
hohe Aufgabe der Versammlung gelöst und dem Deutschen Reich
sein Grundgesetz geschaffen worden. Diese Lösung war nur mög-
lich, wenn Reichsregierung und Nationalversammlung sicher sein
konnten, in der Stetigkeit ihrer Arbeit keiner Störung aus-
gesetzt zu sein. Das war in Weimar dank der freundlichen und
gastlichen Haltung der Bevölkerung und den von demselben Geist
getragenen Förderung und Unterstützung der Weimarerischen Regierung der Fall.

Auch mir, der ich in den verfloßenen Monaten öfters hier
weilte, sind die Segnungen der Weimarerischen Gastlichkeit und
vaterländischen Gesinnung zuteil geworden. Auch ich habe in dem
von der Staatsregierung bereitwillig zur Verfügung ge-
stellten Weimarerischen Schloß freundliche Aufnahme
gefunden. So möchte ich denn am Schluß dieses Abschnittes und beim
Scheiden aus Weimar nicht unterlassen, der Weimarerischen Staats-
regierung und der ganzen Bevölkerung von mir aus und zugleich
für die Reichsregierung und alle Organe, die hier gastliche Auf-
nahme gefunden haben, aufrichtig und herzlich zu danken. Möge
diese Zeit auch für das Weimarerische Land eine schöne und große
Erinnerung bedeuten und möge das schöne Land im neuen deut-
schen Vaterland nach der verfloßenen Zeit der Prüfung einer hohen,
seiner großen Vergangenheit entsprechenden Blüte entgegengehen.

Die Schweiz und die Kriegsgefangenen.

Ein menschenfreundliches Gesuch.

Der Regierungsrat von Basel hat das Gesuch des Gemein-
de-rats der Stadt Lörach, es möchten dem Regierungsrat
Schritte unternommen werden, um die baldige Freilassung
der deutschen Kriegsgefangenen zu veranlassen, an den
schweizerischen Bundesrat weitergeleitet.

Die internationale Kohlenregelung.

Genügend Steinkohlen in Osteuropa.

Der Oberste alliierte Rat hat am Freitagvormittag
unter Vorsitz von Clemenceau eine Sitzung abgehalten, in der er
sich mit dem Abkommen zwischen den deutschen und
polnischen Delegierten beschäftigte. Weiter behandelte
der Rat Hoovers Auseinandersetzungen über die Lage in Ungarn
und Oberschlesien, besonders über die Kohlenförderung in
Oberschlesien. Hoover hat auf seiner Reise festgestellt, daß
Osteuropa über genügend Steinkohlenmengen verfügt, nicht nur um
von den anderen Nationen unabhängig zu sein, sondern auch um
die anderen unter den gegenwärtigen Umständen mit Kohle
zu unterstützen.

Im Zusammenhang hiermit machte Venes gewisse Bemerk-
ungen über die industriellen Bedürfnisse der
Tschechoslowakei. Es wurde beschlossen, eine Studien-
kommission nach Polen und Oberschlesien zu senden, die aus
Delegierten von Frankreich, Amerika, England, Italien, Polen und
der Tschechoslowakei besteht. Am Montag reist diese Kommission ab,
mit dem Auftrage, überall die Wirkung der jetzt in Ausdeute
begriffenen Gruben zu studieren. Besonders die Rinen bei Ostrowa
und Teschen sollen untersucht werden und weitere Mittel beschaffen
werden, um die Erzeugung zu erhöhen und eine bessere Re-
gelung der Transportfrage zu erzielen.

Holland zu den belgischen Forderungen.

'Times' meldet aus Brüssel, daß auf der Sitzung des Aus-
schusses für die Abänderung der Verträge von
1839 in Paris Holland sich grundsätzlich bereit erklärt habe, mit
Belgien in unmittelbare Verhandlungen über die
Regelung der Wasserwege und den Bau von Ko-
nänen zu treten, daß es sich aber geweigert habe, die
Anträge bezüglich der Sicherung der Verteidigung
Belgiens in Erwägung zu ziehen.

Kästchenbauer.

Der Vollzugsrat der unabhängigen und
kommunistischen Arbeiterräte Groß-Ber-
lin verbreitet heute in den Straßen ein Flugblatt, das ein
Musterbeispiel für die Verschrobenheit und
Unklarheit derer ist, die für sich unter dem Stichwort
'Alle Macht den Arbeiterräten' die oberste Gewalt in
Deutschland beanspruchen. Aus einer Fülle allgemeiner
Redensarten ist da ein revolutionärer Brei zusammengedrückt
worden, der der Absicht, die Arbeitermassen mit Unvergo-
renem und Unverdaulichem zu füttern, in vollstem Maße ge-
recht wird.

Die sogenannten Revolutionäre, die jetzt sehen, daß das
wirkliche Hauptstück der Revolution, die wirtschaft-
liche Demokratie und die Beteiligung der Arbeiter-
räte an der Produktion selbst, gelöst werden soll, nehmen
einen letzten Ansturm, um zu verhindern, daß geordnete Ver-
hältnisse und eine sichere Mitbeteiligung der Arbeiter an
dem allgemeinen Geschick des Volkes herbeigeführt werden.
An Positivem befindet sich in den zwei Seiten Text des
Flugblattes nicht ein einziges Wort. Die Arran-
geure des Ganzen haben eben keine blasse Ahnung von dem,
was die Arbeiter in den Betrieben leisten sollen und leisten
können.

Man frage alle Arbeiter und alle Männer, die jenes
Flugblatt zu Gesicht bekommen haben, ob sie auch nur ein
Fünkchen geheimer geworden sind über das, was die
Konfusionsräte vom unabhängigen und kommunistischen
Vollzugsrat sich unter dem Rätesystem vorstellen. Niemand
wird darauf eine bestimmte Antwort geben können. Auch
die Verfasser des Flugblattes werden, wenn man sie auf
Derg und Nieren in dieser Frage prüfen wollte, nicht in der
Lage sein, mehr wiederzuerkären, als sie da an allgemeinen
Redensarten niedergelegt haben.

Das ist die Führerschaft, die sich anmaßt, die Befolg-
schaft der Arbeiter zu fordern. Ihre großen Vorgänger in
Ruhland und Ungarn mußten im Unterschied zu ihnen
wenigstens, was sie wollten. Wenn trotzdem die unter ihre
Gewalt gebrachten Staaten in das ungeheure Elend ge-
trieben worden sind, so lag es daran, daß sie die Einsicht
und die Fähigkeit unaufgeklärter Massen mit ihrer dumpfen
Verzweiflung und Unzufriedenheit gleichgestellt haben.
Ruhland und Ungarn sind wirtschaftlich ruiniert
und durch die Räteherrschschaft um viele Jahrzehnte in der
Entwicklung zurückgeschleudert. In Deutschland müßte die
Katastrophe um vieles größer werden, weil hier lediglich
demagogische, aber praktisch unfähige und unklare Köpfe die
unseligen Verhältnisse der Sowjetrepubliken Ruhlands
und Ungarns kopieren wollen.

Das Maß der Unfähigkeit der führenden Wortemacher
und Maulhelden des Revolutionärsystems ist aber nicht
nur in Worten festgelegt, sondern selbst der Zeichenstil
mußte herhalten, um die groteske Unwissenheit dieser Apostel
des Chaos zu illustrieren.

Auf der Rückseite des Flugblattes hat man ein System
von Kästchen - und Linien, die sie verbinden -
konstruiert, das als Schema für den wirtschaftlichen Dienst
der Räte, denen gleichzeitig alle politischen Befugnisse über-
antwortet werden sollen, gelten soll. Aus diesem Schema
fällt zunächst der gesamte politische Verwaltungsorganismus
heraus; kein Mensch wird sagen können, wie die Verwal-
tungstätigkeit unseres 60-Millionen-Volkes nach dem viele-
rösen Kästchensystem geordnet werden soll.

Jeder, der Sinn für Organisation hat und der selbst
schon praktisch vor die Aufgabe gestellt worden ist, einen
großen Komplex von Menschen und Funktionen einseitlich
für bestimmte Zweckarbeit zusammenzufassen, muß erkannt
sein über den beispiellosen Reichtum, durch den
hier mit der Zukunft unseres Volkes gespielt werden soll. Es
ist eine Kinderleistung, aber auch gar nichts mehr, mit
einem Bleistift die einzelnen Interessengruppen, die für jeden
einsichtigen Menschen nicht scharf trennbar sind, in 14 Kästchen
einzufangen und diese Kästchen durch Striche in einem höher
gestellten Zentralkästchen zu verbinden.

Das ungeheuer feingliedrige, zartnervige, engverfilzte
Gewebe unseres Wirtschaftsorganismus lebt viel zu stark sein
eigenes Leben, als daß es sich durch einen Zehnpfennig-Blei-
stift am Zeichenstisch meistern ließe.

Daß man der Berliner Arbeiterschaft eine solche übl-
Pflückerlei vorsetzen und ihr zumuten kann, darin die Or-
ganisation der Räte auf wirtschaftlichem Gebiet zu erkennen,
beweist, wie unendlich tief jene Herrevolutionäre die In-
telligenz der Berliner Arbeiterschaft einschätzen.

Ein solches System der Kästchen kann jeder Zeichenlehr-
ling zusammensetzen. Wenn man diesem sagt: 'Hier ist eine
große Fabrik. Die verschiedenen Abteilungen sind: 1. Heiz-
haus, 2. Maschinenhaus, 3. Schmiede, 4. Schlosserei, 5. Drehe-
rei, 6. Kräferei, 7. Stanzerei, 8. Tischlerei, 9. Modelliererei,
10. Schleiferei, 11. Werkzeugmacherei, 12. Locherei, 13. Mon-
tage, 14. Materiallager und über diesem Ganzen steht 15. das
Verwaltungsbureau' und man beauftragt ihn, um jeden

Namen vier Striche eines Kästchens zu ziehen und die 14 unteren Kästchen durch Linien mit dem 15. oberen Kästchen zu verbinden, so ist er genau das gleiche, was hier als Organisationschema für die Arbeiterräte hingestellt wird. Aber hat damit der Reichentum auch eine Ahnung, wie alle diese Einzelabteilungen ineinander greifen und welche hohe Kraft eines feinsinnigen und starken Organisationsgeistes dazu gehört, um diese Kästchen zum Leben zu erwecken und den Betrieb so laufen zu lassen, daß eine glückliche fruchtbar Tätigkeit sichtbar wird?

Nein, das hat er nicht! Der Lehrling kann wohl Kästchen bauen, genau so gut und so schön, wie die Häuptlinge des „revolutionären“ Volkstrates, die ihm an geistiger Qualität und wirtschaftlicher Einsicht nach dem Beweis dieses Flugblattes absolut nicht überlegen sind. Aber mehr kann er nicht und mehr können auch die unabhängigen und kommunistischen Volksträte nicht. Ihre Ueberlegenheit zeigt sich nur in der demagogischen Ausnützung des Kästchenbaues zur Verkleinerung der Köpfe der Arbeiter und darin, daß sie älter sind, was ja bekanntlich vor Dummheit nicht schützt.

Die Berliner Arbeiterschaft sollte mit einem energischen Aufbruch von diesen Wirrköpfen abrücken und sie dem kindlichen Spiel des Kästchenbaues überlassen. Dann könnte durch diese Wirrköpfe doch kein Unheil mehr angerichtet werden, und die Arbeiterschaft würde geschlossen und machtvoll an die Erringung und Gestaltung ihrer Gegenwart, wie Zukunftsaufgaben schreiten können. Ohne Kästchen, aber mit Verstand und Einsicht.

Zwei Briefe.

Das Material, das täglich über die Kriegsgefangenenfrage bei und eingeht, ist so gewaltig, daß eine erschöpfende Darstellung der Lage unserer Gefangenen in jedem Einzelfall nicht möglich ist. Der Inhalt der Gefangenensbriefe ist meist der gleiche. Tiefe Verzweiflung und leidenschaftliche Anklage gegen die Regierung. Aus dem ersten und heute vorliegenden Brief geben wir folgende Stelle wieder:

„Endlich haben wir Frieden. Für uns scheint das allerdings ohne Bedeutung zu sein. Ich kann in unserer Lage keine Besserung erkennen. Wir sind heimatlos. Wir sind verzweifelt. Alle Hoffnungsstrahlen, die ab und zu aufleuchten, sind, haben und betrogen. Wenn das Vaterland, daß das wir unser Leben eingetauscht haben, und opfern will, dann sollte man wenigstens so menschlich sein und Klarheit über unser Schicksal verschaffen, damit wir die Konsequenzen ziehen können. Ein Brief ist angenehmer, als das langsame Sterben werden. Welchen Geist, glaubst Du, steht diese Atmosphäre groß! Wenn man sich darüber klar würde, würde dem Elend so aber so gehindert werden.“

In einem weiteren Brief heißt es: „Meine Geduld ist erschöpft. Der Staat hat mir meine Jugend gestohlen, meine Karriere verdorben, meine Nerven gerüttelt. Das Leben habe ich ihm vor fünf Jahren angeboten, wie viele andere, die ich beneide, wenn sie es durch die erste Angst verloren. Jetzt vergeblich man uns wie die wilden Tiere. Euch wird blauer Dunst vorgemacht über unsere baldige Heimkehr. Blütiger Hohn, gemeine Lügen, unverschämter Betrug war alles. Monatelang werden wir hier noch sitzen; heute ist es uns bekannt gegeben.“

„So viel Worte, so viel Anklagen. Wohl richten sich diese gegen die deutsche Regierung. Wenn aber den Gefangenen nach ihrer Rückkehr Mangel an Arbeit wird — und das wird unsere erste Aufgabe sein —, wenn sie in Wahrheit ihre unglückliche Lage zu danken haben, wer diesen Friedenschluß verschuldet hat und wer auch jetzt noch die Gefangenen durch Zug- und Treib von den wahren Schuldigen abzulenkeln sucht, dann wird sich ihr gerechter Hohn gegen diejenigen wenden, die eine Last von Verbrechen auf sich genommen haben, welche sie nicht tragen könnten, wenn sie auch nur eine Spur von Verantwortungsgefühl besäßen. Jeder dieser tausende Kriegsgefangenenbriefe ist eine wichtige und niederstimmende Anklage gegen die alldeutschen Kreise, die durch Lügenmeldungen den Gefangenen vorpiegelten, der Friedensvertrag sei bereits ratifiziert, die Unmöglichkeit der Rückkehr läge lediglich an dem bösen Willen der deutschen Regierung. Aber es wird, daran zweifeln wir nicht, über die Schuldigen eine furchtbare Götterdämmerung hereinbrechen, die ihre Verbrechen genau so entlarvt, wie ihre Kriegsfünden entlarvt worden sind.“

Ein fürstlicher Schieberkonzern.

Die amtliche Untersuchung der bei Treleborg von einem deutschen Flugzeug abgeworfenen Pakete, deren Inhalt Schmud- und Wertfachen des Fürsten von Albanien sein sollten, ist jetzt noch „Spätschiff-Doq-Bladet“ abgeschlossen. Es hat sich herausgestellt, daß die Pakete eine Anzahl kleinerer Pakete enthielten, die mit verschiedenen Siegeln versehen waren und verschiedenen Besitzern gehören.

Der Fürst von Albanien ist danach nur Eigentümer von etwas mehr als einem Viertel der Gegenstände. Genauere Angaben über die anderen Besitzer konnte das Blatt nicht erhalten, es sei aber anzunehmen, daß mehrere ehemalige Fürsten dabei interessiert seien. Der Wert wird jetzt auf sechs Millionen Kronen beziffert. Die Schmuckstücke bestehen hauptsächlich aus Diademen, Kolliers, Haarschmuck, Broschen usw. Die Zollbehörde dürfte die Auflage wegen Schmuggel erheben.

Spartakistische Propaganda.

Und wird geschrieben: Sie beschmieren, gleich den Aldeutschen und Antisemiten, alles Erreichbare: Häusermauern, Schaufenster, Liftschächel mit ihren Einbauten. Als Schreiber dieses gestern zufällig neben einer Affischenscheibe stand, beobachtete er, wie dahinter ein junger Bursch von etwa sechzehn Jahren sich verstopfte an einer Pferdeabfuhr-Anzeige zu schaffen machte, wie wenn sie ihn besonders interessierte. Dann sprang er plötzlich auf eine vorbeifahrende Elektrische.

Auf die Pferdeabfuhr-Anzeige hatte er ein kleines Blatt von 5 : 7 Zentimeter Größe hingepappt. Es zeigt oben eine Art Schachenscheibe in Schwarz-Weiß-Rot-Ringen. Darin die Frage: „Was bringt die Regierung Ebert-Rosse.“ Antwort: „Den langsamen Hungertod.“ Darunter steht in Schwarzdruck in einer roten Scheibe die Frage: „Was will Spartakus?“ Antwort: „Die gerechte Verteilung aller Güter der Welt!“

Getreu dem Ganner in Moskows Duffspiel: Ich nehme was ich brauche dort, wo ich es finde.

Verbedienst für die russische Gegenrevolution.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Nicht bloß deutsche Freiwillige werden für das alte Zarenregiment angeworben. Die russische Offizierskommission hat auch die noch in Deutschland in Stärke von 240 000 Mann befindlichen russischen Gefangenen als Schlachttroop für die Macher der Gegenrevolution in Russland zu fördern versucht. Man hat aber, wenige Ausnahmen abgerechnet, gar keine Gegenliebe gefunden. Die Brute — durchweg gut ausgebildete Soldaten, an denen ja den Berbern und ihren Auftragsgebern unendlich viel liegt — haben kurz und bündig erklärt: Sie wollen lieber in Deutschland bleiben, als sich von Kossack und Denikin zum Kampf gegen die bolschewistische Regierung mitzubringen zu lassen. Darum also die um so regamer betriebene Anwerbung von gedienten deutschen Soldaten! Tropdem erklären die maßgebenden Stellen, von alledem nichts zu wissen. ... Man besahe sich doch bei Baron Rolde (der irgendwo in Charlottenburg wohnt) oder bei seinem Helfer Oberleutnant Rehm im Hotel „Prinzenhof“, Berlin, Dorothienstraße.

„Herren nationaler Gesinnung ...“

Wir lesen im „Agrar-Markt“ folgendes Inserat: Gesucht werden zur Vergung der Ernte 6 Herren nationaler Gesinnung, die sich vor keiner Arbeit scheuen. Freie Station, Taschengeld 50 Mark monatlich. Werkzeug ist mitzubringen. Rittergut Lindenbusch, Graatz, Neumar.

Es ist eine traurige, aber deshalb nicht abzuleugnende Tatsache, daß heute noch genug „Herren“ arbeitslos herumlaufen, die auf das fürstliche Angebot „Freie Station, 50 Mark monatlich Taschengeld, Werkzeug ist mitzubringen“, einschnappen und den Arbeitslosen anderer Stände den Platz wegnehmen.

Wenn in einem solchen Falle nicht die Regierung einschreitet und durch Nachprüfung der Arbeitslöhne und -Be-

dingungen dafür sorgt, daß den Herren ~~Wirtschaftsbesitzern~~ die Lust zu derartigen Angeboten vergeht, braucht man sich über die Erbitterung der Landarbeiter nicht zu wundern.

Eine Belehrung.

Wo wäre unsere Regierung, wenn ihr nicht das Ziel zu sein gute Ratshilfe seitens fremdlicher, wenn auch unbedenklicher Arbeiter zuzuging? So weiß ein Herr Graf Kriens, ein Polsterbesitzer aus der Esmerachstraße, in einem Flugblatt — ob auf eigene Kosten vertrieben, ist nicht festzustellen — darauf hin, daß der Reichsverminister Roske durch seinen Kampf gegen den Antisemitismus sich einer Verfassungsverletzung schuldig macht. Allerdings gibt der biedere Flugblattverbreiter zu, daß sein natürliches Verstand durch feinerlei Kenntnis beschädigt sei, und wie möchten ganz bescheiden anfragen, ob der ständige Umgang mit Kindersich nicht etwa allmählich zersetzend auf ihn gewirkt habe. An Hand der, wenn auch bedingt gedauerten, Wendung, in der der Genosse Roske als „Hüter des Judentums“ bezeichnet wird, dürfte zwar ein strafrechtliches Einschreiten gegen den Mann anständig sein, uns erscheint es aber besser, derlei geiststarrn Karren der allgemeinen Lächerlichkeit preiszugeben, anstatt ihn vor den Rada zu zittern.

Die polenfreundliche „Freiheit“.

Ein soeben aus Deutchen eingetroffener Oberschlesier schreibt uns:

Der „Freiheit“ wird aus Oberschlesien geschrieben: „Die Regierung und ihre rechtssozialistischen Trabanten haben nun glücklich erreicht, daß überall im ober-schlesischen Industriegebiet geschlossen wird.“ In diesem Stille geht es weiter. Die guten Polen sind natürlich ganz unschuldig und nur der böse Höfing „zieht und knüpft seine Schlinge“. Der famos Emsender aus Oberschlesien, der sicherlich aus nächster Nähe die fürchterlichen Ereignisse miterlebt haben muß, kann nur feststellen, daß hier und da irgend eine „Insurgenten“-Schar das Amtshaus der Gemeinde besetzt hat. Der glückliche Mann! Er brauchte nicht die qualvollen Stunden zu durchleben, die die armen Bewohner ober-schlesischer Gemeinden durchlebt haben, die in der Nacht vom Sonntag zum Montag erfahren mußten, daß die harmlosen Polen das Rathaus und die Post besetzt, die Telefonleitung und das Straßenbela durchschnitten hatten. Er wachte auch nichts davon, daß so viel Deutsche als Weizen nach Polen verschleppt worden sind. Vielleicht hätte z. B. Herr Rechtsanwalt Sichtenstein, der der „Freiheit“ nicht fernsteht, eine besondere Benützung gehabt, wenn er auch gesehen hätte, wie die Männer, die den Leichnam des Klubi Wächner aus Karf abgeholt haben, von dem Böbel verhöhnt und beschimpft worden sind. (Der 19jährige Wächner wurde in der Nacht zum 18. von den harmlosen „Insurgenten“ erschossen, als er das Leben seines Vaters vor den Plünderern schützen wollte.) Der glückliche Emsender hatte auch nicht die 12 Leichen gesehen, die in der Reichskammer des katholischen Krankenhauses zu Weutchen aufgebahrt waren. Das waren alles Roske-Gardisten, die von dem „Insurgenten“ hinterlistigweise erschossen worden sind. Oben auf dem Kirchhof in Lipine hatten die Schlinglinge der „Freiheit“ Maschinengewehre aufgestellt und das Leben ihrer Mitbürger gefährdet. Aber die Entente soll es, noch bevor die Kommission die Untersuchung anstellt, aus dem Munde eines vorurteillosen Oberschlesiers hören, daß einzig und allein die böse deutsche Regierung es ist, die an dem Putsch in Oberschlesien die Schuld trägt.

Ich wünsche, daß alle Oberschlesier die Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 22. August lesen und sich von der Sachlichkeit und Wahrheitsliebe der „Freiheit“ überzeugen möchten.

Leipziger Herbstmesse.

Die preussische Eisenbahnverwaltung hat dem Leipziger Reichamt auf dessen Antrag zugefagt, daß auf den preussisch-hessischen Staatsbahnen Mehlgüter für die Herbst-Mustermesse auf Hin- und Rückwegen ohne Rücksicht auf etwa bestehende Verteilungsbedingungen zur Verfügung angenommen werden. Die Dienststellen sind angewiesen worden, Mehlgüter tunlichst beschleunigt zu beschaffen.

Materialverkauf für den Wiederaufbau. Einzelne französische Departements laufen hier gegen Lebensmittel Material für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete ein.

Das Wunder in der Koppfenstraße.

Dem heißen Brodem kann niemand entziehen, mit dem der lange Sommer die Straße schwängerte. Unbeweglich steht die aus Schweiß, Damp, Staub und Batterien gemischte Luft, undarmberzig drückt die Sonne sie nieder, wie eine feste Schaumkrone auf gefülltem Gefäß, sollte sie träge über die Dächer hinaus.

Verdrossen schleichen Menschen unter lungendringender Last. Aus schmalen Kellerlöchern sind Kinder hervorgekrochen, fahl, mit vorzeitigem Lügen oder entbehrungsgezeichneten Gesichtern. Verzogene Fehen hängen über rhabdittisch verkrümmten Weindeln, die verwaschenen Jauchbügler gleichen. Einige größere Jungen lungern um den Handwagen mit einer Tonne darauf, die schwarzen Geruch wie eine Lauge in den muffigen Geruchqualm der Umgebung wirft. Mitunter nimmt der Verkäufer in gestimmter Feldmäße die Zigarette aus dem Mund und ruft heiser: „Frische Woll- und Fettheringe nur festig Wienig das Stück!“ Ein altes Männchen mit Schmutzrunnen auf bestoppelter Kinnlade schlurft in den Geruchtrüben, eine halbovermoderte ebemalige Metalltafel mit Spuren längst vergangener Verfallsfäden in der Hand. In der offenen Tür der Schneiderwerkstatt streckt eine vergottete Frau den ungeheuren quellenden Bauch vor unter dem Lederriemen um die Taille, wo die Taille sein soll. Mit schwarzgeränderten Fingern breitet sie einen Männerbrosert von vielen Erfahrungen vor dem Meister aus. Er nickt der schwappenden Kundin verständnisvoll zu. Zwei Nachende kurzgerodete Mädchen halten in ihrer Mitte einen podennarbigem Matrosen. Sie wenden die Köpfe nach dem Drehorgelmann, der weiter oben am Bordstein musiziert und unter dunkler Weile automatisch dazu trägt:

Das Band zerrissen und du bist frei,
Ha! Deine Liebe war Heudelei.“

Die Mädchen summen mit. Anderes Volk gießt schmerzhaft hin und her.

Da begibt es das Wunder. Von ungefähr, wer weiß, woher, springt ein summernder, zitternder, in jeder Sekunde seine Umrisse wechselnder Fleck zwischen den Mauern und bewegt sich in Höhe der vierten Stockwerke fort. Schmetterlinge — Kohlweihlinge oder ähnliche lustige Geißeln. Tänzelnd durchwandern sie den Straßenzug. Der bizarre Einfall einer schlanken Schönen aus diesem Geschlecht der Sonnenbäder, der eine jagende und drängende Herde von Männchen ins Grenzgebiet führt. In ihrer brünstigen Sehnsucht merken sie nicht, wohin sie gelockt werden. Wenn es in Tod und Verderben ginge, sie folgen der spielerischen Spöteln.

Aber mit einem Schläge hat das schwebende Raselbossp die Straße in Verwirrung gebracht. Der Heringshändler vergißt seine monotone Anpreisung und starrt nach oben, die Mädchen neben dem Matrosen bekommen feuchte Augen und leuchten, mit offenem Munde und emporgehobenen Stirnen laufen die Jungen dem wirbelnden

Erstörer nach. Der Schneider ruft seine zarte blasse Frau aus dem Hintergrund. Auch der Orgelbauer läßt Instrument und Stimme ruhen, er nimmt die Brille ab, um besser sehen zu können. Auf dem Bürgersteig trippeln die Kleinen aufgemunter mit den verstaubten Füßchen, und ihre Väterchen färben sich.

Ein Hauch von ferner Herrlichkeit fällt in die graue Dede, eine Ahnung von Wiesengrün und rauschenden Waldbäumen, vom Rauch reisender Kornfelder und von kalten, frischen Wässern, an denen das Schilf singt und die Wellen heimliche Lieder flüstern. Für einen Augenblick erstrahlen alle diese abgestumpften Herzen, für einen Augenblick sind sie ergriffen von dem wirkenden Zeichen der Mutter Natur, die ihnen eine fremde und unbekannte Mutter ist.

Mit vermehrter Lebhaftigkeit flattert der Schmetterlingschwarm durcheinander, hebt sich plötzlich und entschwindet über dem nächsten Pfist. Das launenhafte Weibchen hat genug von dieser Gegend. — Vor den Geplirren rennommiert der lange, dünne Wurdich: „Jd fange mir 'n paar von die Dinger und piele sie mit Kadein uff 'n Gappdel, der sieht schon aus.“ Auf's neue greint die Drehorgel, der Heringsmann brennt eine neue Zigarette an und beginnt: „Woll- und Fettheringe...“ eine schrille Frauensstimme lekt. Zu seiner blaffen Frau spricht der Schneider: „Du, Alte, wir müssen doch wieder mal in 'n Jumeinwald.“ Sie antwortet leidend: „Ach, dazu haben wir keine Zeit.“ Begütigend murmelt er und beide ziehen sich zurück.

Es ist alles, wie es gewesen. Der Brodem dampft, die Straße bräut in Trübseligkeit. Der Gruß aus einer andern Welt ist verhallt und das Wunder vorbei.

Das erste lebende Okapi in Europa.

Es war bisher noch nie geglaubt, ein lebendes Exemplar des Okapi, dieses erst vor wenigen Jahren entdeckten, im undurchdringlichen Urwald des Kongo lebenden Quastiers nach Europa zu bringen. Nur Felle und Skelette dieser Tiere, die die Nachkommen eines fremden Urvahnen der Giraffen sind, ermöglichten uns eine Vorstellung von Okapi, und solche Zeugnisse waren nach Deutschland von der Forschungsreise des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg mitgebracht worden. Wie nun der Antwerpener Berichtshalter der „African World“ meldet, wird das erste lebende Okapi in den Antwerpener Zoologischen Gärten kommen, dessen Tierbestände erschöpft waren und der nun mit einer großen Anzahl neuer Tiere bedürftig wird. Das Okapi ist ein Geschenk einer Wartin eines am Kongo tätigen Arztes, die seit etwa drei Jahren ein junges Okapi auf ihrer Niederlassung, einige hundert Kilometer oberhalb Koma am Kongo, aufgezogen hat. Die Londoner Zoologische Gesellschaft botte der Dame bereits richtige Summen geboten, um diese einzigartige Seltensheit nach London zu bringen. Aber die Belgierin überläßt dies erste lebende Exemplar des seltensten aller Säugetiere lieber der wichtigsten zoologischen Sammlung ihres Heimatlandes. Das Okapi, das im Jahre 1901 von Sir Harry Johnston entdeckt wurde, ist in keinem Aussehen der Giraffe ähn-

lich; nur ist der Hals verhältnismäßig kürzer und die Vorderbeine sind im Verhältnis zu den Hinterbeinen nicht so hoch; es hat ungefähr die Größe eines Hirsches und am Körper eine lebhaft braune, ins Purpurne hinüberziehende Färbung. Am charakteristischsten sind die gebogenen Hörner des Kumpfes und der oberen Teile der Läufe. Der Kopf trägt zwei Hörner auf der Stirn, die, wie bei der Giraffe, mit Haut überzogen sind.

Notizen.

— Im Kleinen Schauspielhaus wurde die „Büchse der Pandora“ mit Neubesetzung der Hauptrollen gespielt. Zulu war Sitta Staub. Ohne an Ausgewiesene und vor allem intellektueller Stoffbetretung die Leistung der Frau Schödt zu erreichen, schuf sie doch eine Gesamtleistung, die insbesondere im dritten Akt eine beträchtliche Höhe erreichte. Die Gräfin Weidlich wurde von Adele Sandrod gespielt, deren rein klassischer Auffassung den Schwerpunkt des Stückes fast zu sehr nach dieser Rolle tendieren ließ. Bemerkenswert war die Neubesetzung des Dupendörers, die von Edgar Sandrod mit echt jugendlicher Leidenschaft durchgeführt wurde.

— Musik. Felix Weingartner wird auch in diesem Jahr sieben Konzerte mit dem Philharmonischen Orchester veranstalten. Die Daten sind 22. 29. September, 6. Oktober, 12. Januar, 5., 16. April, 8. Mai.

— Webelinds letztes Werk. Am 1. September 1919 erfolgt im Rahmen der Münchener Festspiele die Uraufführung von Franz Webelinds „Gecalltes“. Das Drama, zu dem Kapellmeister Reich die Musik geschrieben hat, bietet außerordentlich technische Schwierigkeiten und wird von Albert Steinrück inszeniert.

— Die Goetheerbs, die wir hier aus dem neuen Goethe-Jahrbuch abdrucken, sind — wie vielen unserer Leser nicht entgangen ist — keineswegs neu und unbekannt. Sie stehen in vielen Goetheausgaben und sind somit unbedeutendweise in den Aufkommen. Hinblänge zu sein.

— Eine neue Karte von Deutschland, im Maßstab von 1:1000000 ist soeben im Verlage Dietrich Reimer (Ernst Köhler) erschienen. Die Karte umschließt die Bundesstaaten und die preussischen Provinzen durch verschiedenfarbigen Druck, läßt die Abstimungsbereiche, wie auch die Teile, die ohne Volksabstimmung abzutreten sind, klar hervortreten, zeigt im Westen das besetzte Gebiet, die Räumungszonen — nach 5, 10 und 15 Jahren — und die neutrale Zone.

— Ein Flug über den Montblanc. In Bellinzona haben zwei Piloten, Comie und Mittelholzer, einen erfolgreichen Flug über die Alpen ausgeführt und dabei das Massiv des Montblanc und des Matterhorn in einer Höhe von 5000 Metern überflogen. Ihre Landung vollzog sich ohne Unfall in Bellinzona.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Börse beschloß die Woche in ziemlich freundlicher Stimmung, worauf teils auf die weitere Besserung der Marktlage, teils auf die besseren Nachrichten aus Oberschlesien beruhen wurde. Das Geschäft hielt sich in den engeren Grenzen. Rohanwerte waren nicht ganz einseitlich. Die Besserung der Erzeugung für Eisen und Stahl hat dem Markt eine gewisse Stütze. Farb- und Klebepapiere waren verhältnismäßig fest. Für Auslandswerte hat die Nachfrage nachgelassen. Kanada verloren etwa 7 Proz. Petroleumwerte waren geringen Schwankungen unterworfen, schließlich waren sie ziemlich fest. Kolonialpapiere un verändert. Von heimischen Anleihen waren die vier- und dreieinhalbprozentigen Konfols gebessert. Kriegsanleihen hielten sich auf etwa 10 1/2 Proz.

Groß-Berlin

Anzeigepflicht für Mietverträge.

Nach der abgeänderten Mieterschutzverordnung vom 22. Juni 1919 die Gemeindeführer, wenn sich in ihren Bezirken ein besonderer Mangel an Wohnräumen geltend macht, verpflichtet werden, daß jeder Abschluß eines Mietvertrages über Wohnräume, Läden und Werkstätten dem Vermieter binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrages vom Gemeindebevorstande anzuzeigen ist. Der Staatskommissar für das Wohnungswesen Scheidt hat jetzt in einem Rundschreiben die Regierungspräsidenten ersucht, die als Wohnungsmangelgebiete anerkannten Gemeinden, letzter diejenigen Gemeinden, in denen sich ein besonderer Mangel an Mieträumen geltend macht und denen ein Eintragungsamt besteht, zum sofortigen Erlaß der eingangs erwähnten Anordnung anzuhalten.

Der Niederbarnimer Kreisstag

Am 29. d. M. in seiner nächsten Sitzung am Freitag, den 29. d. M., im Kreisbauze zusammen. Auf der Tagesordnung stehen außer dem auch die Angelegenheiten über die Gemeindeführung erforderlich gewordenen Wahlen und kleineren Vorlagen u. a. ein Antrag des Kreisratshauptes auf Beitritt des Kreises Niederbarnim zur Gemeinnützigen Hochseefischereigesellschaft Groß-Berlin mit einem Stammkapital von 800 000 M. und zur Gesellschaft Fischmarkt Groß-Berlin mit einem Stammkapital von 1850 M. sowie eine Vorlage über den Kauf eines Flögelewerkes. Der Kreisratsabgeordnete Dr. Neumann (D. Wp.) hat einen Antrag eingebracht, die Kontrolltätigkeit des Arbeiterrats über die Kreisverwaltung nicht weiter anzuerkennen und die Zahlung der Tagelöhner an die Mitglieder des Arbeiterrats mit dem 1. September einzustellen.

300 Prozent Steuerzuschlag auch in Neukölln.

Die am gestrigen Freitag bis in die zwölfte Stunde tagende Stadterordnetenversammlung hatte in ihren weiteren Verhandlungen noch eine Reihe wichtiger Beschlüsse zu erledigen. Insbesondere rief die Magistratsvorlage bezüglich der Heraushebung des kommunalen Steuerzuschlages von 200 auf 300 Proz. gleich Berlin und den übrigen Groß-Berliner Gemeinden eine längere Debatte hervor. Neukölln mußte schon am bedäulichen dem Beispiel der übrigen Gemeinden folgen, weil es als Reichtumsgebiet von der Provinz Brandenburg einen Zuschuß von 1,2 Millionen Mark erhält. Nach den Voraussetzungen, an welche die Gewährung dieses Zuschusses geknüpft ist, sind nämlich die den Zuschuß erhaltenden Gemeinden verpflichtet, mindestens denselben Prozentsatz an Gemeindeeinkommensteuer zu erheben, wie ihn eine der zuzuschüssigen Gemeinden festgesetzt hat. Außerdem haben nach Festsetzung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1919 die Behörden der Angestellten und die Löhne der Arbeiter eine wesentliche Erhöhung erfahren, zu deren Deckung ein Teil der erhöhten Steuereinnahmen verwendet werden soll. Die Vertreter der Unabhängigen wendeten sich, ganz im Gegensatz zu ihren Berliner Fraktionsgenossen, gegen die Steuererhöhung. Sie, die in der Bestellung von Honorarungen den Mund nicht weit genug aufreißen können, um sich „populär“ zu machen, kümmern sich wenig darum, woher sie die Mittel zur Deckung nehmen sollen. Unsere Genossen Heilmann, Neumann und Scholz nagelten diese unabhängige Antikongress geodrig fest. Sie verwiesen insbesondere auf die Haltung ihrer Fraktionsgenossen in anderen Gemeinden. Genosse Neumann empfahl diesen prinzipienfesten Kommunalpolitikern, sich doch ihre eigenen Fraktionsgenossen aus der Berliner Stadterordnetenversammlung einmal als Zuhörer auf die Tribüne zu laden, damit sich dieselben von der mehr als londerbaren Politik der kommunalen Größen in der unabhängigen Fraktion der Neuköllner Stadterordnetenversammlung überzeugen könnten. Die Versammlung stimmte gegen die Opposition zur Erhöhung zu. Im Zusammenhang mit dieser Vorlage wurde beschlossen, gemäß des Gesetzes vom 4. Juni 1919 die steuerpflichtigen Personen mit einem Einkommen bis einschließlich 1200 M. von der Gemeindeeinkommensteuer freizuhalten und die von mehr als 1200 M. bis einschließlich 1500 M. um 50 Proz. herabzusetzen. Zur Deckung des Ausfalls an Steuern, der hierdurch entsteht, auch derjenigen, der durch die Freilassung der Einkommen bis 900 M. hervorgerufen wird und einschließlich der Rinsausfälle und Mehrkosten werden die steuerpflichtigen natürlichen und juristischen Personen mit einem Einkommen von mehr als 6500 M. nach einem Tarif herangezogen, dessen Steuerhöhe um ein Drittel der im Gesetz vom 8. Juli 1918 vorgesehenen Zuschlagsprozent höher als die Steuerhöhe nach dem Einkommensteuergesetz. Des weiteren beschloß die Versammlung den Beitritt der Stadt zu der von der Stadtgemeinde Berlin u. s. w. zu begründenden gemeinsamen Hochseefischereiges. Gr. Berl. m. d. S. mit einem Gesellschaftskapital von 30 000 M. sowie die Beteiligung am Groß-Berliner Fischmarkt mit einem Kapital von 8000 M. Zur Durchführung der vom Reichernährungsministerium angeordneten Herabsetzung der Verkaufspreise für Auslandslieferungsmittel wurden 5 000 000 M. aus einer neu aufzunehmenden Anleihe bewilligt.

Rednerkursus. Sonntag vormittag 1/10 Uhr in der Schulaula Christburger Straße 7.

Der internationale Zusammenschluß des Rätebundes. Die Versammlung in den Chruschtschen war von etwa 2000 Personen besucht. Referenz war Genosse Geyssold. In der außerordentlich lebhaften Debatte beteiligten sich mehrere Unabhängige, Kommunisten und ein Fraktionsloser. Nach einem eindrucksvollen Schlußwort des Referenten fand die Resolution gegen wenige Stimmen Annahme. Die Absicht, die Versammlung durch Jurufe und in anderer Form zu führen, fand keinerlei Gegenstände.

Ein räuberischer Überfall, der gestern in der Langen Straße verübt wurde, ist rasch aufgeklärt worden. Der Haupttäter hat bereits hinter Schloß und Riegel. Ein Händler von aus Frankfurt a. M. befand sich auf der Durchreise in Berlin. Kurz nach seiner Ankunft auf dem Schlesischen Bahnhof sprach ihn ein Mann in Feldgrau an und fragte ihn, was er hier beabsichtige. Als er antwortete, daß der Händler Zigaretten kaufen wollte, machte er ihm den Vorschlag, mit ihm nach einem Lokal in der Langen Straße 35 zu kommen, wo er einen größeren Abschluß machen könne. Von der selber über 8000 Zigaretten bei sich hatte, ging auch mit. Der Soldat führte ihn sofort in das Vereinszimmer der Wirtschaft, in dem noch vier andere Männer saßen. Die fünf Mann fragten ihn, ob er nicht Zigaretten verkaufen wolle. Als er sich weigerte,

wenn er selbst einkaufen wollte, erklärte ihm einer, der Sergeant oder Feldwebeluniform trug, daß er seine Zigaretten beschlagnahmen müsse. Er verlangte, daß die Polizei hinzugezogen werden müsse und begab sich an den Herrspracher und fingierte ein Gespräch. Unterdessen fielen die vier anderen Männer über den Händler her, und während zwei ihn gegen die Wand drückten, nahmen ihm die anderen die Kartons mit den Zigaretten und seinen Rucksack mit Lebensmitteln ab. Dann verschwand alle fünf mit der Beute. Den Ermittlungen der Kriminalpolizei gelang es aber bald, den einen Feldwebeln, der den Händler dorthin gelockt hatte in der Person eines Hausdieners und Kellners Heinrich Grawade zu ermitteln, der in demselben Hause wohnte. Bei ihm fand sie noch 2000 Zigaretten, die anderen hatten die entkommenen Räuber mitgenommen. Grawade ist mehr als dusehndmal wegen Diebstahls, Hehlerei usw. vorbestraft.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Lichtenberg. Voranmeldung: 200 Gramm Heferlöcher (25 Pf.) Kd. Schnitt 50 gemeinf. Lebensmittelkarte; 250 Gramm Heferlöcher (31 Pf.) Kd. Schnitt 43 J (Jugendliche); 250 Gramm ausländische Heferlöcher (31 Pf.) Kd. Schnitt 43 J (Jugendliche). Ohne Voranmeldung: 250 Gramm ausländ. oder inländ. Weizenmehl K 12 Unterturkularkarte (42 dm. 18 Pf.) in höchstens 100 Gramm. Salzheringe (Pfund 1,80 M.). Auf Urlaubersbesuchskarten 100 Gramm Wärmittel und 250 Gramm Marmelade. Für heimische Kriegs- und Zivilgefangene 250 Gramm ausländische Heferlöcher (25 Pf.).

Straßen. Sonnabend, den 30. auf Abschnitt 54 der Lebensmittelkarte 300 Gramm Heferlöcher, auf Abschnitt 55 125 Gramm Reis, auf die Abschnitt J 11 und K 12 der Einheits-Zusatzkarte zusammen 300 Gramm amerikanisches Weizenmehl. Die Abschnitte sind bis Mittwoch abzugeben.

Dahlem. Vom Mittwoch bis Freitag 500 Gramm Wärmittel auf Lebensmittelkarte (Abschnitt wird später bekanntgegeben), auf den oberen Abschnitt 71 der Lebensmittelkarte 250 Gramm Suppen, auf Abschnitt 35 der Karteikarte 5 bis 10 Pfund Kartoffeln je nach Umfang der Rationen.

Niederbarnimer. In der Woche vom 25. bis 31.: Auf Abschnitt 125 am Dienstag 500 Gramm Heferlöcher, Abschnitt 27 am Mittwoch 125 Gramm Reis, Abschnitt 28 am Donnerstag 125 Gramm Teigwaren, Abschnitt 29 am Freitag 100 Gramm Ragoutproportion pro Kopf. Für Jugendliche Sonderzulagen auf Abschnitt 19 100 Gramm Sago.

Niederbarnimer. Auf Abschnitt 49 (Kinder bis zu 2 Jahren) 1/2 Pfund Buchweizenmehl, Abschnitt 43 und 44 je 150 Gramm lose Suppen, Abschnitt 77 250 Gramm Reisgrieß oder Reismehl, Abschnitt 76 500 Gr. Teigwaren. Abschnitt 100 1 Pf.

Neukölln. Auf Nr. 69 der Lebensmittelkarte 250 Gramm Auslands-marmelade. (Preis etwa 1,20 M.) Voranmeldungen bis Dienstag zu machen. Die vorangemeldeten Heferlöcher und Kugeln können bei den Kaufleuten abgeholt werden. Gleichfalls dort auf Nr. 18 der Karteikarte 100 Gramm Löffelröhre (64 Pf.) Kartoffelverkauf (7 Pf.) in der nächsten Woche von 10-12 Uhr; Dienstag für die Lebensmittelkarten 1-500, Mittwoch 501-1000, Donnerstag für den Reis.

Genossendorf. Montag auf A 2 200 Gramm Bohnen, auf A 1 300 Gramm Reis. Mittwoch auf B 1 neue Karte 1000 Gramm Graupen, B 2 je 4 Stangen Suppenmehl, B 3 500 Gramm Heferlöcher, B 4 400 Gramm Kugeln. Donnerstag im Rathaus, Zimmer 12, für Kinder bis 14 und für über 70 Jahre alte Leute Bezugskarte auf Probeab. Bezugskarte für Kinderbewilligte auf Antragstelle, Drilling für Arbeiterkinder, Joppen, Futter- und Hemdenstoffe gelangen Freitag im Rathaus, Zimmer 12, zur Ausgabe.

Die Lebensmittel- und Robienarten werden wie folgt ausgegeben: Montag Post- und Rathenaustausch 8-10 Uhr, Reichenberg- und Friedrichstraße 10-11, Bahnhofsstr. 45 und Kussow 11-12, Hagenstraße 12-1, Hauptstraße 1/3-1/5 Uhr, Dienstag Berliner Str. 7-9, Feld- und Fontanestraße 9-11, Burg- und Zabelstraße 11-1, Sellenstraße 1-2 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bund sog. Handels- und Gewerbetreibender. Ortsgruppe Groß-Berlin. Montag, 8 Uhr pünktl.: Allgemeine Mitgliederversammlung bei Siegler, Kollmannstr. 7/8, Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Moabit. Die für Sonntag, 24., angelegte Wanderausflug findet nicht statt. Sonntag nachmittags Beteiligung am Unterhaltungsabend im Jugendheim, Lindenstr. 3.

Gewerkschaftsbewegung

Aufruf an die Angestellten der Kriegsorganisationen.

In den Betrieben der Kriegsgesellschaften werden von den Angestelltenausschüssen auf Veranlassung des Arbeitsausschusses Sammellisten herangeführt, in denen gestaffelte Beiträge von den Angestellten verlangt werden. Die unterzeichneten Organisationen erwidern ihre Verbandsmitglieder, diese Sammellisten auf keinen Fall zu unterstützen. Sie stehen in Verhandlungen mit den Verbänden und Direktoren der Gesellschaften und werden die Interessen der Angestellten der Kriegsgesellschaften in jeder Weise sichern. Aus einigen Betrieben wird uns ferner mitgeteilt, daß man diejenigen Angestellten, die sich an diesen Sammellisten nicht beteiligen, in einem besonderen Namensverzeichnis festhalten will. Wir erfordern unsere Mitglieder, sich durch diesen Terror einiger Angestelltenausschüsse nicht einschüchtern zu lassen und jede Veranlassung, die ihnen angedroht wird, sofort zur Kenntnis der Organisationen zu bringen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.
Verband der Bureauangestellten.

Die Berliner Bankbeamten vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin.

Vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin begannen heute vormittag neue Verhandlungen zwischen den Bankleitungen, den Organisationen der Angestellten und den Klienten aus den einzelnen Betrieben. Es handelt sich um die Festsetzung der Zahlungen, die von den Banken als sogenannte Tarifabfindung freiwillig bewilligt worden waren und die für Beheraus, Ledige und Jugendliche besonders gestaffelt waren. Die Berliner Bankbeamten sind der Ansicht, daß die hiesigen Groß-Banken mindestens Weisungen zahlen müßten, wie sie den Hamburger Kollegen in dem kürzlich gefällten Schlichtungsbescheid bewilligt worden sind. Die Bankbeamten bemängeln, daß für Berlin kein Unterschied zwischen verheirateten Beamten mit Kindern und solchen ohne Kinder bei der Gewährung der Zuschüsse gemacht worden ist. Ferner sollen auch die Angestellten berücksichtigt werden, die nach dem 1. April d. J. in die Banken eingezogen sind.

Ob die Verhandlungen überhaupt zu einem Ergebnis kommen werden, steht noch nicht fest, da zunächst die Kompetenz des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin für die Entscheidung der schwebenden Fragen von den Banken angezweifelt wird. Bekanntlich ist ein besonderer Schlichtungsausschuss für alle zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Bankgewerbe entstehenden Differenzen geschaffen worden. Dieser Ausschuss hat sich jedoch erst zum Teil konstituiert. Es sind die ordnungsmäßigen Vertreter gewählt und vorhanden, doch fehlen noch die von Fall zu Fall heranzuziehenden, gewissermaßen nicht planmäßigen Vertreter. Die Angestelltenorganisationen haben ihr Unverständnis damit erklärt, daß für die im Augenblick zu erledigende Angelegenheit der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin in Anspruch genommen wird, der natürlich ein aus Nichtfachleuten bestehendes Kollegium besitzt, während die Bankleitungen der Ansicht sind, daß ein sachgemäßes Urteil nur von dem Schlichtungsausschuss für das Bankgewerbe gefällt werden kann, der mit dem Bankwesen innig vertraut ist.

Beendigung des Streiks in den Provisions-Generalagenturen.

Der nochmals angerufene Schlichtungsausschuss schloß am 19. d. Mts. den Schlichtungsbescheid, daß Angestellte vom vollendeten 20. Lebensjahre je nach Art ihrer Tätigkeit zur IV., III. und II. Gehaltsklasse zählen und die hierfür festgesetzten Bezüge erhalten. Soweit Angestellte mit Dispositionen vorhanden sind, die unter vorstehende Klassifikation nicht fallen, soll eine Punktzugulage für sie durch das in § 8 des Reichsarbeitsvertrags vorgesehene Verfahren festgelegt werden. Die anderen Vereinbarungen betreffen nur letzte Abweichungen des Reichstarifs vom 12. Mai 1918. Die Angestellten haben diesen Schlichtungsbescheid angenommen, aber gleichzeitig die Forderung aufgestellt, nicht einen neuen Vertrag zu schließen, sondern dieses Abkommen als ein zwischenzeitliches zu betrachten. Die Ortsgruppe des Arbeitgeber-Verbands des Deutschen Versicherungsbüros (e. V.) hat sich damit einverstanden erklärt und ist der Streik für Berlin somit beendet. Die Arbeit wurde am heutigen Sonnabend, den 23. August, in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Schlichtungsbescheid im Reichsarbeitsministerium für Provisions-Generalagenturen.

Am 21. August schloß auf Anruf durch den Arbeitgeberverband im Reichsarbeitsministerium der Schlichtungsausschuss einstimmig einen Bescheid, der die Forderung der Angestellten auf Ausdehnung des Reichstarifs auch auf die Angestellten der Provisions-Generalagenturen voll anerkannte. Der Schlichtungsbescheid lautet aus: ... Sachlich hält es der Schlichtungsausschuss für eine Pflicht der Direktoren der Versicherungsgesellschaften, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um zu veranlassen, daß auch bei den Provisions-Generalagenturen gleichwertige Arbeitskräfte in gleicher Weise wie bei den Direktoren, also nach dem Tarif, besoldet werden.

Sollte die Erhöhung von Angestelltenverdiensten bei den Agenturen infolge dieser Verpflichtung wegen der jetzigen Provisions- und Rückzahlungen nicht ohne weiteres erreichbar sein, so wird den Direktoren dringend empfohlen, durch entsprechende Verringerung der Provisions- und Rückzahlungen Abhilfe zu schaffen.

Außerdem wurde festgelegt, daß aus der Verweigerung der Direktionsangehörigen, mit den bestreikten Betrieben zusammen zu arbeiten, keine Maßnahmen vorgenommen werden sollen, noch Rechtsansprüche gegen sie erhoben werden dürfen.

Die Verhandlungen im chemischen Großhandel gescheitert.

In der überfüllten Streikversammlung der Angestellten und Arbeiter des chemischen Großhandels berichtete Fritz Schmidt über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Nachdem die vorgestrigen Verhandlungen über das Mitbestimmungsrecht zu keiner Einigung geführt haben, wurden die Verhandlungen gestern fortgesetzt. Der Reichsarbeitsminister hatte inzwischen erklärt, daß die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks nur mit der Streikleitung geführt werden können. Der Reichsarbeitsminister hatte vorher einen vollkommen einseitigen Bericht von den Gewerkschaftsbündeln und den Arbeitgebern erhalten und deshalb den Standpunkt vertreten, daß sich die einzelnen Organisationen zuerst einigen müßten, bevor Verhandlungen im Arbeitsministerium stattfinden könnten. Die Arbeitgeber gaben die Erklärung ab, daß sie, nachdem zu den Verhandlungen nur der Zentralverband hinzugezogen werden sollte, die Verhandlungen nicht weiterführen könnten. Der Reichsarbeitsminister hätte seine erste Erklärung nach Anhörung sämtlicher Parteien abgegeben. — Beide Behauptungen der Arbeitgeber seien Ungeheuer. Es solle nicht nur mit dem Zentralverband, sondern mit der Streikleitung, in der auch Gewerkschaftsbündler sich befinden, verhandelt werden. Der Reichsarbeitsminister hat seine erste Erklärung nicht nach Anhörung sämtlicher Parteien, sondern nur nach der Anhörung der Arbeitgeber und des Gewerkschaftsbundes abgegeben. Die Arbeitgeber haben dann die Verhandlungen abgebrochen. Wir haben deshalb beantragt, daß die Angelegenheit einem Schlichtungsausschuss vorgelegt werde. Der Schlichtungsausschuss soll am Montag bereits tagen. Nachdem die Arbeitgeber ihre Erklärung, daß sie mit der Streikleitung nicht verhandeln wollen, abgegeben hatten, hat sich der Vertreter des Gewerkschaftsbundes an, weiter zu verhandeln und erklärte, er werde sämtliche Kollegen hinter sich bringen. (Stürmische Heiterkeit.) Die Arbeitgeber haben darauf überhaupt nicht geantwortet. — Müller (Zentralarbeiterverband) beludet noch einmal die Geschlossenheit mit den Angestellten. Wenn der Kampf uns auch nicht gefällt, so müssen wir darin ausharren. Das Gewächs mit Sonderorganisationen, mit denen der Zentralverband nach zu kämpfen hat, müsse ausgerottet werden. Der Streik ist gemeinsam beschlossen worden und wird auch gemeinsam beendet werden.

Kampfanfrage an die Hamburger Bankdiktatoren.

Hamburg, 23. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Bankleitungen haben in einem Schreiben an das Reichsarbeitsministerium den Schlichtungsbescheid abgelehnt, unter gleichzeitiger Betonung, daß sie sich einer etwaigen Aufforderung durch das Ministerium nicht fügen würden. Gleichzeitig veröffentlichten die Banken Aufzuse, in denen sie die Streikenden zur sofortigen Aufnahme der Arbeit auffordern, widrigenfalls die Kündigung erfolge. Die Stimmung unter den Bankbeamten ist aufs Äußerste erbittert. In einer von 2000 Personen besuchten Versammlung wurde gestern Abend beschlossen, den Forderungsausschuss aufzunehmen und im Streik zu verharren. In einer Entschließung betonen die Versammelten: „Das herausfordernde Verhalten der Bankleitungen, die selbst vor einer Verhöhnung des Reichsarbeitsministeriums nicht zurückschrecken, läßt deutlich erkennen, daß die Bankleitungen den Forderungen diktieren wollen. Die versammelten Angestellten erklären, sich durch die als schamlos bezeichnete Antwort und die Androhung der Entlassung nicht einschüchtern zu lassen und fordern diejenigen Angestellten, die bis jetzt ihre Pflicht nicht erkannt und sich auf die Seite der Bankleitungen gestellt haben, auf, von nun an ebenfalls den Banken fernzubleiben.“

Es ist das bereits der zweite Schlichtungsbescheid, den die Banken ablehnen, die allein für diese Störung des Wirtschaftslebens und die etwaigen Folgen verantwortlich sind. Es ist zu hoffen, daß die Regierung Mittel und Wege findet, den selbstherrlichen Trotz der Banken zu brechen.

Die Tarifbewegung in der chemischen Industrie.

In der Versammlung der Angestellten der Chemischen Industrie referierte Fritz Schmidt (Zentralverband der Handlungsgehilfen) über den Stand der Tarifverhandlungen. Die Arbeitgeber hätten die Verhandlungen bereits 2 1/2 Monate hingenommen und auch heute sei es noch zu keiner Einigung gekommen. Der Redner gab einen kurzen Überblick über den bisherigen Verlauf der Bewegung. Die chemische Industrie sei nach den hohen Gewinnen sehr wohl in der Lage, die erhöhten Gehälter zu bezahlen. In anderen Städten sei das bereits geschehen. Es sei auch notwendig zu verhindern, daß die Erhöhung der Gehälter auf die Konsumenten abgewälzt werde. Um eine weitere Verschleppung der Verhandlungen zu unterbinden, würde zu Beginn nächster Woche ein Schlichtungsausschuss tagen. — Für die technischen Angestellten referierte Lebestand, der die Vorschläge der Arbeitgeber als ungenügend bezeichnete.

In der Diskussion versuchte ein Vertreter des Gewerkschaftsbundes die Haltung des Zentralverbandes im Streik des chemischen Großhandels zu verurteilen. Publiz wies die Unterstellung des Redners, daß der Zentralverband nur den Streik weiter führe, weil er nicht gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund verhandeln wolle, auf das energischste zurück. Es könne über die Beilegung eines Streiks nicht mit einer Organisation gemeinsam verhandelt werden, deren Mitglieder Streikbrecherarbeit leisten.

Eine Resolution, die das Vorgehen der Organisationsleitungen billigt und sich mit der Kollegenschaft des chemischen Großhandels solidarisch erklärt, wurde einstimmig angenommen.

Kaufmännische Angestellte, hört!

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen schreibt und: Die bürgerlichen Organisationen der Angestellten, wie der Kaufmännische Verein von 1858, der Verein der Deutschen Kaufleute, der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband usw. wissen, daß ein großer Teil ihrer Mitglieder innerlich längst mit den Harmonieverbänden gedrohen haben. Daher versuchen sie die Handlungsgehilfen und -gehilfinen, die ihnen freiwillig nicht mehr angehören wollen, durch Zwangsbestimmungen zu fesseln. Die Statuten der genannten Verbände gestatten den Mitgliedern nur ein-

mal im Jahre zu kündigen, und zwar zum 1. Januar. Die Kündigungen müssen aber bis spätestens am 30. September in den Händen der Verwaltungen sein. Daraus ergibt sich, daß man erst recht heraus aus den Verbänden der Harmonie! Das muß die Parole aller denkenden Kollegen und Kolleginnen sein. Wehe der Organisation, die sich nicht auf die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft verlassen kann, sondern zu Zwangsbestimmungen wie die oben wiedergegebenen greifen muß. Verjähren niemand den Austrittstermin! Nicht bis zum letzten Tage warten, sondern rechtzeitig die Austrittserklärung abgeben. Der Monat September soll den Leitern der gelben Verbände zeigen, daß die Angestelltenschaft es fast hat, sich von den Freunden der Arbeitgeber an Gängelbande fassen zu lassen. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen sorgt dafür, daß den Kollegen und Kolleginnen die in den Harmonieverbänden erworbenen Rechte nicht

anderer Handlungsgehilfenverbände, die aus diesen austreten, um sich dem Zentralverband der Handlungsgehilfen anzuschließen, wird bei Gewährung von Unterstützungen usw. die Dauer der Mitgliedschaft angerechnet. Dinein in den Zentralverband!

Deutscher Metallarbeiterverband. Am Montag, den 25. August, abends 6 Uhr, im Saale des Arbeitnagelwerk, Pionierstr. 88/89: Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung. Tagesordnung: Stellungnahme zu den durch die Gewerkschaft des Metallhandelsverbandes den Berliner Metallarbeitern empfohlenen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Besondere Einladungen erfolgen nicht. Mitgliedsbuch und Beitrittskarte legitimiert. Ohne dieses kein Zutritt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Große Gasarbeiter-Verammlung. Morgen Sonntag, den 24. August, vormittags 9 Uhr, in den Kohlförderstätten, Andreestr. 64. Die Sektionsleitung.

Reines Gesicht Dünnterzt, Teint, weiße, glatte Haut wird in kürz. Zeit erreicht durch mein altes und unbetroffenes „Pura“ Sommerprodukt. Pickel, Runzeln u. Fältchen verschwinden. Rote u. grobe Haut wird schnell beseitigt. Tube 2,00 Doppelp. 3,50. Drogeriehaus H. Bocklitz, N. Schönhaus, Allee 132.

Elektro-Motore Kupferbürste und anderer elektrischer Materialien. **Juckkrätze** verschwinden in wenig Tagen. **Spezialarzt** Dr. Haink. 10-1, 3-7, Sonntags 11-1. Celziger Straße 193.

Dr. med. Hollaender Spezialarzt. Aufklärende Broschüre Nr. X. 1,50 M. gegen Nachnahme. **Juwelier Siegel** Brillanten von höchstem Feinsort. Peelen.

Kuhla-Pianos Verkauf im Gebirgsgebiet N 31, Wattstr. 17/18.

Verkäufe Pelzwaren, Kleider, Schuhe, etc. Verkauf von Pelzwaren, Kleider, Schuhe, etc. Verkauf von Pelzwaren, Kleider, Schuhe, etc.

Kleine Anzeigen im „Vorwärts“ sind billig und erfolgreich!

Musikinstrumente Klaviers, Gitarren, etc. Verkauf von Musikinstrumenten, Klaviers, Gitarren, etc.

Stenographie Kurse, Bücher, etc. Verkauf von Stenographie Kursen, Büchern, etc.

Arbeitsmarkt Stellenangebote, etc. Verkauf von Arbeitsmarkt Stellenangeboten, etc.

Geschäftsverkäufe Verkauf von Geschäften, etc. Verkauf von Geschäften, etc.

Möbel Verkauf von Möbeln, etc. Verkauf von Möbeln, etc.

Fahrräder Verkauf von Fahrrädern, etc. Verkauf von Fahrrädern, etc.

Unterricht Kurse, etc. Verkauf von Unterrichts Kursen, etc.

Arbeitsmarkt Stellenangebote, etc. Verkauf von Arbeitsmarkt Stellenangeboten, etc.

Geschäftsverkäufe Verkauf von Geschäften, etc. Verkauf von Geschäften, etc.

Möbel Verkauf von Möbeln, etc. Verkauf von Möbeln, etc.

Fahrräder Verkauf von Fahrrädern, etc. Verkauf von Fahrrädern, etc.

Unterricht Kurse, etc. Verkauf von Unterrichts Kursen, etc.

Arbeitsmarkt Stellenangebote, etc. Verkauf von Arbeitsmarkt Stellenangeboten, etc.

Geschäftsverkäufe Verkauf von Geschäften, etc. Verkauf von Geschäften, etc.

Möbel Verkauf von Möbeln, etc. Verkauf von Möbeln, etc.

Fahrräder Verkauf von Fahrrädern, etc. Verkauf von Fahrrädern, etc.

Unterricht Kurse, etc. Verkauf von Unterrichts Kursen, etc.

Arbeitsmarkt Stellenangebote, etc. Verkauf von Arbeitsmarkt Stellenangeboten, etc.